



LANDESPARTEITAG SPD BERLIN

01./02. JUNI 2018

**NOMINIERUNG DER BERLINER KANDIDATINNEN BZW.
KANDIDATEN FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT**

NOMINIERUNGEN UND ERKLÄRTE KANDIDATUREN

- IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE -

VORSCHLÄGE FÜR DIE NOMINIERUNG EUROPAPARLAMENT

FÜR DEN LANDESPARTEITAG AM 01./02. JUNI 2018

NOMINIERUNGEN

Name, Vorname		Abteilung Funktion(en)	nominiert:
Bischoff, Gabriele	w	04/70 City-Westend – Klausenerplatz	KV Neukölln
Fischer, Fabian (Ersatzkandidat)	m	08/05 Hermannstraße, Abteilungsvorsitzender, Schriftführer Neukölln	KV Neukölln, Jusos LDK FA EU-Angelegenheiten
Klose, Annika	w	01/17 Brunnenviertel Vorsitzende Jusos Berlin, Beisitzerin Abteilung, Mitglied im Landesvorstand	Abt. 01/17 Brunnenviertel Jusos LDK Kreisvorstand Mitte AG Migration und Vielfalt ASF Mitte
Salomon, Alexander	m	07/07 Schöneberg Abteilungskassierer	Abt. 07/07 Schöneberg Kreisvorstand TempSchön
Schramm, Timo	m	08/01 Rixdorf	AG Migration und Vielfalt (1. Priorität) FA EU-Angelegenheiten
Syring, Angelika	w	05/09 Südpark-Tiefwerder Vorsitzende der AGS Berlin, Stellv Bundesvors. AGS, Mitglied im Landesvorstand	AGS
Weyer, Viola	w	05/01 Hakenfelde	FA EU-Angelegenheiten

ERKLÄRTE KANDIDATUREN

Name, Vorname		Abteilung Funktion(en)
Hinz, Bernd	m	05/12 Haselhorst-Siemensstadt AfB Spandau
Reuter, Mélanie	w	11/06 Karlshorst/Friedrichsfelde Süd (Parlamentarische Referentin)
Trenczek, Ulrich	m	06/10 Dahlem Kreisvorsitzender AfB Steglitz-Zehlendorf
Winters, Arturo	m	04/70 City-Westend – Klausenerplatz Beisitzer AG Migration CharlWilm Stellv. Abteilungsvorsitzender

Mit Leidenschaft und Kompetenz für europäische Erneuerung



Berlin in Europa

Berlin, lange Jahre geteilt, hat wie keine andere Stadt Deutschlands erfahren, wie stark Frieden, Freiheit, Einheit und das Wohlergehen der Bürger*innen auf einer guten europäischen Verständigung beruhen.

Weltoffenheit

Mehr als 20 Jahre lebe ich in Berlin, mit Unterbrechungen und Stationen in Frankfurt/M und Brüssel. Anfang 20 bin ich wie so viele junge Menschen aus der Provinz nach Kreuzberg gekommen, um in dieser wunderbaren Stadt zu leben, zu studieren und zu arbeiten. Berlin war für mich ein Freiheitsversprechen und bietet bis heute eine einzigartige Mischung aus Freiräumen, Ideen, Offenheit, Anregungen und Engagement. Diese Stadt ist ein Symbol für Weltoffenheit und friedliches Miteinander der Kulturen der Welt. Daran hatte die Berliner Sozialdemokratie immer einen starken Anteil, genauso wie starke Regierende Bürgermeister der SPD, angefangen bei den aus dem Exil zurückgekehrten Ernst Reuter oder Willy Brandt. Und gleichzeitig erinnert uns diese Stadt wie keine andere daran, zu was

Nationalismus, Ausgrenzung und wachsende Ungleichheit, gepaart mit Rassismus, Antisemitismus und Militarisierung führen: nämlich zu Krieg, Verbrechen, Elend und Not.

Soziale Demokratie

Auf diesen furchtbaren Erfahrungen wurde die europäische Einigung aufgebaut und sie ist bis heute Garant für Frieden und Entwicklung. Inzwischen aber bedroht die tiefe soziale Wunde, geschlagen durch Marktradikale, Spardiktate und mangelnde Solidarität die Zukunft dieser Union. Deshalb steht für mich die soziale Weiterentwicklung der EU, gepaart mit einer anderen, demokratischeren Wirtschafts- und Währungspolitik ganz oben auf der Agenda. Ich setze mich seit langem für starke soziale Rechte ein, von denen alle profitieren, mit guten verbindlichen Standards für Mindestlöhne, Mindestabsicherung (Stichwort Mindesteinkommen) und dem Recht auf Weiterbildung in jedem Mitgliedsland, damit Armut vermieden und mehr Verteilungsgerechtigkeit geschaffen wird. Das geht nur zusammen mit einer fairen Steuerpolitik in Europa, und mit mehr öffentlichen wie privaten Investitionen. Kurz mit einer Politik, die die Menschen schützt und ermächtigt und Innovationen fördert.

Werte

Zu einem gerechten Europa gehört für mich auch eine gemeinsame Außen-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, die unsere Werte und Grundrechte genauso wie die universellen Menschenrechte und internationales Recht achtet, Mittel zur Integration der Flüchtlinge in den Kommunen bereitstellt und legale Wege eröffnet, Europa zu erreichen. Der Reichtum Europas ist eben auch seine engagierte organisierte Zivilgesellschaft, dies wurde insbesondere während der europäischen „Krise im Umgang mit den Flüchtlingen“ deutlich.

Vertrauen

Leider wurde in den letzten Jahren durch europäische wie nationale Politik viel Vertrauen zerstört. Vertrauen in die Fähigkeit, dass die EU die anstehenden Herausforderungen gemeinsam meistern kann. Vertrauen in das Versprechen, dass die EU nicht nur einen großen Binnenmarkt darstellt, sondern eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft ist, die u.a. auf Vollbeschäftigung, sozialen Fortschritt und hohen Umweltschutz abzielt, soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz,

aber auch Geschlechter-Gleichstellung und den wirtschaftlichen wie sozialen Zusammenhalt fördert. Vertrauen in die Fähigkeit allen, insbesondere auch der Jugend Europas, gute Zukunftsperspektiven zu bieten.

Europa kann mehr

Viele der aktuellen Herausforderungen, insbesondere Fragen in Zusammenhang mit Globalisierung, Welthandel, Flüchtlingsbewegungen, Digitalisierung, lassen sich nicht zufriedenstellend national lösen, sondern sind nur transnational gestalt- und veränderbar.

Die Wahl zum Europäischen Parlament 2019 wird mit entscheidend dafür sein, ob auf Basis dieser Werte und Ziele eine Erneuerung der EU gelingt, oder ob Nationalisten und Anti-Europäer dieses einzigartige Friedensprojekt weiter zerstören und zersetzen können. Ich weiß, der Zustand der EU, wie auch einiger sozialdemokratischer Parteien in Europa ist derzeit schwierig und deshalb wird die Arbeit für unsere gemeinsame Sache im nächsten Parlament mit Sicherheit nicht einfach sein.

Europa in Berlin

Heute mehr denn je braucht es eine politische Wertschätzung der Arbeit im europäischen Parlament, gerade in einer Partei, die die stärksten internationalen und europäischen Wurzeln hat und deren Wertegerüst international ausgerichtet ist: Freiheit, Gleichheit, Solidarität.

Europa-Kompetenz ist wichtig, um in unserem Europäischen Parlament zu bestehen. Als aktive und erfahrene Gewerkschafterin und Europäerin weiß ich, dass eine gute Europapolitik nur gelingt, wenn sie nicht nur in Brüssel und Straßburg, sondern gerade auch vor Ort in dieser Stadt, in und mit der SPD gemacht und durchgesetzt wird. Ich möchte mich mit euch zusammen engagieren, für die Menschen in dieser Stadt, für Europa, mit guten Beziehungen insbesondere auch zu unseren Nachbarländern.

Eine gute Zukunft Europas gibt es nur mit einer starken Sozialdemokratie, die konsequent europäisch denkt und handelt. Davon bin ich überzeugt. Bei der Erneuerung der SPD darf dies nicht zu kurz kommen. Dafür steht meine Kandidatur als überzeugte Sozialdemokratin und Gewerkschafterin mit hoher Kompetenz, großem Engagement und langjähriger Erfahrung in Europa.



IN MIR HABT IHR EINE, AUF DIE KÖNNT IHR BAUEN

1981-1988 Studium, Abschluss Diplom-Politologin, FU Berlin

1988-1991 Berliner Institut für Sozialforschung und Fachhochschule für Wirtschaft, Wiss. Mitarbeiterin

1991-2000 IG Metall-Vorstand, Leiterin der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik

2000-2005 Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU, Botschaftsrätin/Sozialreferentin, Brüssel

2006-2008 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sonderberaterin EU-Ratspräsidentschaft

2008-2014 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Leiterin der Abteilung Europapolitik

Seit 2015 Präsidentin der Arbeitnehmergruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Seit 2008 Mitglied der Exekutive des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Seit Februar 2008 bin ich Mitglied der SPD

Außerdem Mitglied der IG Metall, im Vorstand der Europäischen Bewegung, in der Europa-Union und im ADFC

Ich bin verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn

Kandidatur als Ersatzkandidat („Huckepackkandidat“) für die Europawahl 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Europawahl 2019 wird eine besondere Herausforderung für die SPD: Nach einem historisch schlechten Wahlergebnis müssen wir in einer Wahl ohne Fünf-Prozent-Hürde angesichts erstarkenden nationalistisch-konservativen Gedankenguts in Europa für eine starke Sozialdemokratie und gleichzeitig für ein vereintes Europa kämpfen.

Dafür liegen uns in Berlin zwei sehr gute Kandidaturen von Gabriele Bischoff und Annika Klose vor. Diese möchte ich gern unterstützen und bewerbe mich daher als Ersatzkandidat („Huckepackkandidat“) für das Europäische Parlament für die SPD Berlin.

„Wir verlieben uns nicht in einen Binnenmarkt“

Dieser leicht abgewandelte Ausspruch von Jacques Delors stimmt noch immer. Die BürgerInnen Europas brauchen meiner Meinung nach konkrete Projekte und Ideen, die von der EU und durch die EU umgesetzt werden, um den Wert dieser einzigartigen Gemeinschaft wieder stärker zu verinnerlichen. Es kann den Menschen vor allem in Südeuropa niemand verübeln, dass sie eine zunehmende Europaskepsis entwickeln, wenn die Europäische Union in ihren Augen Synonym für Troika, Sozialdumping und Austerität geworden ist. Wir müssen dafür Alternativen aufzeigen.

Die Ideen des französischen Präsidenten zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sind gut, aber sie können uns als SozialdemokratInnen nicht zufrieden stellen. Wir müssen stärker die soziale Dimension der EU stärken, und zwar im Europäischen Parlament, in der Bundesregierung und in den Ländern. Ein europäischer Mindestlohn, Forcierung von ArbeitnehmerInnenrechten oder ergänzende Sozialleistungen bei der Jobsuche und Qualifizierung können dazu beitragen, dass die EU wieder als ein Projekt begriffen wird, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, nicht allein den (Binnen)markt.

„Die Vereinigten Staaten von Europa“

Diese Vision forderte Martin Schulz zuletzt im Dezember 2017 und bekam umgehend Gegenwind von Konservativen und Nationalisten. Angesichts der



Verteidigungskämpfe, die die Europa-BefürworterInnen führen müssen, ist das nicht überraschend. Doch Martin Schulz hat Recht: Wir brauchen wieder eine positive Vision für die Europäische Union. Die

EU ist auch dafür gegründet worden, die EuropäerInnen für immer in Frieden zu vereinen. Wichtiger als die Ideen und Symbole von Vaterländern und Nationen sind dabei für mich die gemeinsamen europäischen Werte der französischen Revolution, die wir als Sozialdemokratie übernommen haben: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ich bin in die SPD eingetreten, weil sie ein klares Bekenntnis zu diesen Grundwerten und damit auch ein klares Bekenntnis zu Europa hat.

Konkrete Projekte für eine Verbesserung der Lebensumstände der BürgerInnen und Visionäres für eine gute Zukunft: Wir als SozialdemokratInnen sollten weiterhin für beides stehen und arbeiten. Dafür möchte ich mich gern engagieren.

Persönlich

Ich bin 32 Jahre alt und seit 2009 Mitglied der SPD Neukölln. Neben meinem Engagement bei den Jusos und im Kreisverband habe ich vier Jahre lang den Fachausschuss EU-Angelegenheiten der SPD Berlin geleitet, den ich im März 2018 abgegeben habe. Derzeit bin ich Vorsitzender der Abteilung Hermannstraße und seit kurzem Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstands der SPD Neukölln.

Ich habe in Berlin Frankreichstudien studiert und währenddessen drei Monate für einen Abgeordneten im Europäischen Parlament gearbeitet. Ich habe für Studium und Ausbildung längere Zeit in Frankreich, Belgien, Spanien und Australien gelebt. Derzeit arbeite ich im Bundestag.

Bei Fragen und Anregungen könnt ihr euch gern an mich wenden. Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen.

Mit solidarischen Grüßen
Fabian Fischer



Dipl. Phys. Bernd Hinz
Gartenfelder Str. 55b
13599 Berlin
bernd.hinz@gmx.de



Genossinnen und Genossen,

ich habe mich entschlossen, am Nominierungsverfahren der Berliner SPD für ein Abgeordnetenmandat zum Europaparlament teilzunehmen, weil ich in den Vorstellungen der bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten den notwendigen Realismus in den politischen Vorstellungen und Vorschläge zur strukturellen und inhaltlichen Erneuerung unserer Politik vermisste.

Ich bin 1956 im Kreis Oldenburg geboren, 42 Jahre in der SPD und von Beruf Diplom-Physiker, verheiratet, zwei erwachsene Kinder.

Zuletzt hatte ich bis April einen befristeten Vertrag im technischen Service von Amazon SE in Berlin und bin jetzt wieder arbeitslos und warte auf den HartzIV-Bescheid.

Ich war nach meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an FU und TU Berlin etwa zwanzig Jahre selbständig im Computerservice und Zeitschriftenhandel (Ich-AG).

Dort habe ich ganz besonders negative Erfahrungen mit kartellrechtswidrigem Verhalten privater und besonders staatlicher Konzerne gemacht, die in zum großen Teil erfolglosen Verfahren bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mündeten. Ich kann Euch aus eigener vielfältiger Erfahrung versichern, dass wir auf dem Weg zu demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen erst 10% des Weges hinter uns haben.

Wir leben in einem Land und in Europa, dass fast ausschließlich für die oberen 10% gut funktioniert.

In anderen Europäischen Ländern und sozialdemokratischen Parteien wird – notgedrungen- tiefer und grundsätzlicher über die EU nachgedacht. Insbesondere in der erfolgreichen Labor Party werden grundsätzliche Fragen zur EU nicht sofort disqualifiziert. Und auch die Frage der offenbar notwendigen strukturellen und inhaltlichen Erneuerung der SPD ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Wir müssen die harten Probleme und Sorgen der Menschen wieder aufnehmen und gegen die wirklichen strukturellen Ursachen mobilisieren und die Menschen nicht den nationalistischen Marionetten der Oligarchen überlassen.

Die SPD wird nur dann wieder zur Partei der Bevölkerungsmehrheit (d.h. der arbeitenden Menschen und ihrer Angehörigen) werden, wenn sie aufhört ein zu 70% hochsubventionierter Parteikonzern zu sein, und dies auch für alle anderen Parteien durchsetzt.

Das „System“ funktioniert bekanntlich derart, dass diejenigen – seien es Personen, Regionen, Staaten oder Firmen, die bereits reich und mächtig sind , bevorzugt werden und krebsartig noch „größer“ werden, bis sie existenzunfähig werden. Solange dies so ist und wir keine solidarische Gesellschaftsordnung gefunden und aufgebaut haben, sollten wir uns auf die vordringlichsten Probleme der Demokratie, des Rechtsstaats, der Wirtschaft , der Freiheit und vor allem des Friedens kümmern.

Vor kurzem hat das Finanzministerium die Kosten für das Flucht-Ursachen-Problem mit über 70 Mrd Euro bis 2020 beziffert.

Wäre es da nicht besser gewesen,, die mutmaßlichen Hauptkriegsverbrecher der Kriege im Nahen Osten (Bush, Blair, Sarkozy, Erdogan, Putin) vor dem internationalen Gerichtshof zumindest anzuklagen, um Trittbrettfahrer abzuschrecken ?

Es ist aber immer noch nicht zu spät und bleibt notwendig, um der nächsten Katastrophe vorzubeugen !

Zu Recht kritisieren wir, dass im aktuellen Bestechungsskandal von Heckler und Koch etwa 10.000 Euro an den CDU-Wahlkreis von CDU-Kauder geflossen sind, wohl um eine Exportgenehmigung nach Mexiko zu beschleunigen.

Aber was sind diese 10.000 Euro gegen die monatlich fließenden Diäten und Zulagen von ca 14.000 Euro brutto für jeden BT und EU-Abgeordneten, die dafür sorgen, dass die Abgeordneten relativ sorgenfrei ihrem politischen Geschäft nachgehen können, während sich die arbeitenden Menschen und ihre Angehörigen vor Sorgen nicht retten können.

Durch dies üppig fließende Geld für Abgeordnete, Fraktionen, Partei-Konzerne und Stiftungen (über eine Mrd Euro pro Jahr allein in der BRD) sorgt der kapitalistische Staat und die von Regierungen (und Lobbyisten) regierte EU dafür ,dass „das Geld“ letztlich regiert.

Diese Herrschaft der Plutokratie ist in den EU-Staaten nur manchmal kurzzeitig durch oppositionelle Regierungswechsel unterbrochen, weil sich die Wählerschaft die alten Seilschaften und Vetternwirtschaft nicht länger gefallen lässt.

In der EU ist das EU-Parlament aber wie früher im Kaiserreich nicht einmal in der Lage frei eine eigene „Regierung“ (EU-Kommission) zu wählen, denn es muss den Personalvorschlägen der EU-Regierungschefs (EU-Rat) dabei folgen. Ein Initiativrecht und eine effektive Kontrolle der EU-Kommission z.B. durch Untersuchungsausschüsse gibt es auch nicht.

Zuletzt das zahme „Interview“ von Zuckerberg im EU-Parlament und die aktuelle „Datenschutz-Grundverordnung (GSGV)“ zeigen, dass die EU Konzerne bevorzugt und die Kleinwirtschaft (i.e. Start-ups) insbesondere durch pauschal hohe „Ordnungsgelder“ gefährdet werden.

Bisher herrschte in diesem Versorgungs-Wander-Parlament eine ewige Große Koalition, die aber im letzten Jahr wegen der Schwäche der Sozialdemokratie aufgekündigt wurde.

Ich trete mit der Haupt-Forderung an, die Diäten im EU-Parlament und im Bundestag in einem ersten Schritt zu halbieren und dann auf der jeweiligen Ebene an das Durchschnittseinkommen (Median) der Bevölkerung anzupassen, damit die Abgeordneten wieder zu Bevölkerungsvertretern werden und nicht allein dem mittleren Management angehören. Durch diese hohe Diätenregelung gibt es weder Normalverdiener noch „arme Leute“ in den Parlamenten, weil jeder Abgeordnete sofort in den Kreis der oberen 10% der Einkommenspyramide befördert wird.

Natürlich müssen auch die sonstigen Einkommen und Vermögen sowie die Privat-Spenden in ähnlicher Weise wie in Britannien transparent offengelegt bzw. begrenzt werden.

Die Sympathisanten und Wähler der SPD werden erst dann wieder in größerer Zahl vertrauen zu uns entwickeln können, wenn wir deutlich machen, dass wir zu ihnen gehören, auf sie hören und bei uns selbst anfangen.

Martin Schulz hat vor kurzem noch einmal die Forderung nach „Vereinigten Staaten von Europa“ bekräftigt und dies bereits mit dem Jahr 2025 verbunden.

Ich halte diese Forderung nicht für eine Vision, sondern für eine derzeit sinnlose Illusion. Denn Superstaaten wie z.B. die USA oder damals die UdSSR bildeten sich aus Einzelstaaten nicht durch gutes Zureden und wegen einer „Vision“, sondern, weil Krieg und Bürgerkrieg die Einzelstaaten auf Gedeih und Verderb zusammengepresst haben. Ohne diesen kriegerischen Druck von außen verzichtet keine Regierung und keine Ministerialbürokratie auf Posten und Pensionen.

Interessanterweise hat der bisherige , stufenweise und retrograde „Einigungsprozess“ der EU zwar zur Bildung einer hoch-alimentierten EU-Beamtenschaft von etwa 30.000 Personen geführt, aber nicht zu einem Abbau entsprechender Beamtenschaft in den Einzelstaaten. Im Gegenteil mussten dort auch eigene EU-Beamtenstäbe zur Beobachtung der europäischen Ebene eingerichtet werden.

Da die EU-Rechtssetzung durch Kommission , EU- Rat sowie den EuGH ohne echte parlamentarische Kontrolle abläuft, führt dies zu einem permanenten Demokratie und Transparenz-Abbau, wie er besonders deutlich bei TTIP und CETA sowie den anderen Handelsabkommen aber auch bei der DSGVO zu beobachten war. Nur noch die Rechtsabteilungen von Konzernen und Großkanzleien kennen die Schlupflöcher im Vorschriften-Dickicht von EU-Bundes- oder Landesrecht.

Von Willy Brandt in seiner Zeit können wir hierbei einiges lernen: (Aus meinem Leben , 1989/1992, Seite 449)“ *Ich weiß nicht, wie oft ich mich über die peinlichen bis empörenden Unzulänglichkeiten der EG geärgert habe, doch ich weiß sehr wohl, dass ich mich vom Königsgedanken der Einigung nie habe abbringen lassen. Und nun, im Übergang zu den neunziger Jahren, steht die Gemeinschaft vor einem qualitativen Sprung. Zur Jahreswende 1992/93 wird der Binnenmarkt für die zwölf Mitgliedsstaaten und 320 Millionen Menschen stehen und die Währungsunion – mit zwanzigjähriger Verspätung – Gestalt annehmen. Die Steuer- und Sozialgesetze müssen, allem Gezerre zum Trotz, einander angeglichen werden (!). Ob die EU, über die Koordinierung der Außenpolitik weit hinausreichend, dem Binnenmarkt die Krone aufsetzen wird?...*“

Wir sehen, dass dies offensichtlich ein altes, ungelöstes Problem war, ist und sein wird.

Die Kernaufgabe der Sozialdemokratie aber scheint mir der Erhalt und Ausbau von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu sein, und nicht die Schaffung von „reinrassigen“ Superstaaten oder Flughäfen zu sein. Das letztere sollte man besser denjenigen für angemessene Bezahlung überlassen, die es gelernt haben.

Hierzu noch einmal Willy Brandt (a.a.O. S. 499):“ *Zu sinnvoller politischen Arbeit gehört, dass Prioritäten gesetzt werden. Als ich im Frühsommer 1987 den Parteivorsitz weitergab (ohne einen vorher ausgeschlossenen Ministerposten im Auge zu haben d.Red.) stellte ich selbst die Frage, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, und antwortete : Freiheit. Ich buchstabierte sie durch: Freiheit des Gewissens und der Meinung, Freiheit von Not und Furcht, Ohne Brot und mit Geheimpolizei keine Demokratie. Ohne Pluralismus und mit Monopolanspruch auch nicht. Ich füge hinzu : Glück verordnen wollen heißt die Freiheit ersticken.... Bürgerliche Freiheiten und soziale Gerechtigkeit sind immer aufs Neue gegeneinander abzuwägen. Freiheitlich ist ein Sozialstaat nur, wenn er die Gefahr bürokratischer Wucherung bannt, sich von vorausschauender Planung nicht einschnüren lässt und eigenverantwortliches Engagement großschreibt. Auf die Freiräume kommt es an..“.*

Die Forderung des Heidelberger Parteitags 1925 ist vor dem damaligen geschichtlichen Hintergrund zu betrachten. Die USA galten damals noch bei bürgerlichen Intellektuellen als Musterbeispiel einer erfolgreichen Demokratie, obwohl Sozialisten auch damals schon den plutokratischen, skrupellos kapitalistischen Grundcharakter dieser Staatsstruktur erkannten.

Aber damals sahen die Sozialdemokraten noch nicht, dass die USA als „Supermacht“ nach dem zweiten Weltkrieg kein einziges Jahr ohne kriegsähnliche Aktivitäten auskommen konnte und welche negative Entwicklung in einem kapitalgesteuerten, überdehnten „Superstaat“ möglich ist. Demokratie hat es in einem „Superstaat“, wie auch z.B. in Russland (früher UdSSR) oder China offensichtlich extrem schwer, sofern sie dort auf Dauer überhaupt gegen Geld- und Bürokratie möglich ist.

Wir sollten also der Wählerschaft beruhigend sagen, dass es in absehbaren Jahrzehnten keine „Vereinigten Staaten von Europa“ geben wird. Dies kann es nur geben, wenn die europäischen Gesellschaften und Staaten solidarische bzw. sozialistische Strukturen aufgebaut haben, in welchen nicht der Reichste und Gierigste gewinnt. In der derzeitigen konzernorientierten und pseudo-liberalen Form und Stoßrichtung ist die EU ein Lobby-Projekt, das nebenbei auch noch zur Zerstörung der Sozialdemokratie beiträgt.

Denn die europäische Sozialdemokratie, die sich besonders naiv-reformistisch diese Sisyphos-Aufgabe zu eigen gemacht hat, kann diesen Widerspruch zwischen „Zukunftsstaat“ und „reinrassiger“, in vielerlei Hinsicht gespaltenen Festung Europa nicht lösen.

In der derzeitigen Situation können und müssen wir versuchen, den Status der EU zu erhalten, um Schäden zu vermeiden und die undemokratischen Strukturen zu demokratisieren. Ansonsten gilt es überflüssige Bürokratie (und Geheimdienste) abzubauen.

Geld ist nun einmal derzeit die schärfste und intelligenteste Waffe des Kapitals.

Dies wird auch in den letzten hundert Jahren der SPD deutlich. Während sie in den ersten fünfzig Jahren (von 1863 bis 1913) von Staats- oder Kapital-Geldern weitestgehend unabhängige und erfolgreiche Politik machen konnte (die Zahl der Mitglieder stieg auf über eine Million und die Zahl der Wähler auf 35%.), ging es mit dem Kotau 1914 im wesentlichen bergab.

Denn 1914 wirkte sich die zunehmende staatliche Alimentierung der Abgeordneten (3000 Reichsmark pro Jahr und Abgeordneten seit 1906) dahingehend aus, dass viele Abgeordnete den Bezug zur Arbeiterschaft und zu ihren Grundsätzen verloren hatten.

Im August 1914 stimmten bekanntlich 78 zu 14 Abgeordnete der SPD-Reichtagsfraktion feige für die Bewilligung der mörderischen Kriegskredite. 18 SPD Abgeordnete nahmen vorsichtshalber nicht an der Abstimmung teil und Friedrich Ebert wich in die Schweiz aus.

Der SPD-Redakteur des „Schwäbischen Tagwacht“ und des „Sozialdemokrat“ in Stuttgart Arthur Crispian schrieb am 4.August 1914: *„Das Menschenschlachthaus ist eröffnet.. Die bürgerliche Presse feiert die patriotische Sozialdemokratie.... Der Parlamentarismus hat uns korrumpiert...“*

Wenn die SPD diese Entwicklung und Problematik als ständige Versuchung nicht einmal diskutiert, wird es nichts mit einer glaubwürdigen Erneuerung.

Es ist doch offensichtlich und **aktuell**, dass es bei den meisten Berufspolitikern (Ausnahmen bestätigen die Regel) bei jeder politischen und finanziellen Karrierestufe einen Rechtsruck gibt.

Im aktuellen Brandbrief von sieben Berliner SPD-Berufspolitikern (Abgeordnete, Ministerien) , die sich insbesondere für mehr Bauwesen einsetzen,

heißt es : „ <https://zukunft-spd-berlin.de/>

Dieses Berlin ist für uns eine Stadt, die das Heft des Handelns wieder in die Hand nimmt. Ein Berlin, in dem nicht mehr mit Resignation oder Wut auf all die Dinge geschaut wird, die hier ja doch nicht funktionieren. Eine Stadt, in der der Staat so stark ist, dass ein friedliches und gutes Zusammenleben klappt.“

Es geht Ihnen um 1. Wohnungsbauprogramm, 2. Mittelschicht (also sie selbst) entlasten 3. Unsicherheit, Verrohung, Verwahrlosung 4. Bildungsoffensive, Zuhause/Heimat, starker Staat.

Mir fällt vor allem auf, dass nicht einmal ein Ansatz von Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungslinien bzw. der herrschenden, verantwortlicher Strukturen vorgelegt wird. Vielmehr scheinen „Berliner“ selbst und willkürlich selbst „zufällig“ Schuld/Verantwortung für alle Fehlentwicklungen zu tragen, aber der starke Staat wird schon aufpassen und es richten !?. Es sind aber nicht Menschen oder die Stadt das Problem, sondern diskriminierende, manipulierende, ausbeutende und überwachende Strukturen.

Dass die Stadt Teil der regionalen und globalen Strukturveränderungen ist, die einer kleinen Oberschicht in Staat und Wirtschaft zu obszönem, spekulativem Reichtum verhilft und prekäre Verhältnisse schafft und das auch intransparente Staatsorgane, deren Teil die sieben Berufspolitiker sind, hierfür wesentliche Verantwortung tragen, blenden die sieben aus.

Für einen starken Staat im Kapitalismus kann nur eintreten, wer die dunklen, intransparenten, korrupten Teile des Staates ignorieren will und aus der SPD auch offiziell eine Staatspartei des öffentlichen Dienstes als Anhängsel der anderen bürgerlich-kapitalistischen Partei(en) machen will und hierzu Opponenten eliminieren.

Dass dies ein Weg in die Bedeutungslosigkeit ist, wie man in vielen anderen Ländern sehen kann, sollte allen klar sein.

Wenn dieser Kurs dennoch weiterverfolgt wird deutet dies auf eine „Nach mir die Sintflut und dann Pension“- Haltung (!) hin.

Das Fundament der SPD ist beinahe vollständig zerstört von hunderten von Steinbrücks, Scharpings, Schröders, Gabriels, die mit der Spitzhacke darin ihre persönliche Goldader gesucht haben.

Nur wenn sich eine verantwortliche Menge von geschulten Mitgliedern findet, die nach einem Prozess der Struktur- und Inhaltsanalyse von Wirtschaft , Gesellschaft und Partei dieses Fundament der SPD korrekt wieder aufrichtet, hat die Partei noch eine Chance. Bei diesem Prozess ist wichtig, dass wir primär die Kritik der Basis diskutierend zur Kenntnis nehmen , daraus strukturelle Konsequenzen ziehen und ein neues, kompaktes Grundsatzprogramm entwickeln.

Die EU, die Bundesrepublik , ihre Bundestagsparteien also auch unsere SPD haben Karies. Üblicherweise wird Karies auf zu viel Zuckerkonsum zurückgeführt. In der Politik ist dieser „Zucker“ die schärfste und erfolgreichste Waffe des Kapitals , „das Geld“.

Wir müssen schauen, was von diesen Zähnen noch zu retten ist.

Gleichzeitig müssen wir versuchen , dem kartell-kapitalistischen System die Giftzähne zu ziehen.

Früher gab es die strategische „Narration“, die Sozialdemokratie sei (oder müsse) der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein.

Mit dieser Aufgabe waren wir offensichtlich überfordert, weil nur die wenigsten von uns dazu genug Fachwissen hatten oder sich viele von uns dort selbst angesteckt haben. Im Übrigen wurde nur an oberflächlichen Symptomen herumgedoktert , weil der Patient chronisch krank ist.

Außerdem ist dieser Patient äußerst gefährlich, wie wir in den zwei Weltkriegen und in den Kriegen gegen die „Dritte Welt“ schmerzhaft und tödlich erfahren mussten.

Er dankt denen nicht, die ihm zu helfen versuchen, sondern verspeist sie, wenn er wieder einen faschistischen Anfall der um ihre zusammengerafften, virtuellen Milliarden fürchtenden chauvinistischen Oligarchen („Republikaner“) hat. Daher sollten wir unsere Strategie grundsätzlich überdenken. Wäre es nicht besser , wir würden uns vorsichtig aber mutig daran machen, der Bestie ins Maul zu schauen, um seine gefährlichsten Giftzähne zu identifizieren..

Wir müssen versuchen ihm diese zu ziehen, ohne uns beißen zu lassen, auch um sie selbst von ihren Qualen zu erlösen.

Vielleicht entsteht dann ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit einem menschlichen Antlitz, eine soziale und demokratische , echte Marktwirtschaft ohne Monopole, Konzerne und Kartelle, ohne Militarismus und ohne Geheimdienste.

Ich möchte eine innerparteiliche Arbeitsgruppe zum **Thema „Erneuerung und Analyse“** bilden und lade Euch ein mir hierzu eine Rückmeldung zu schreiben: bernd.hinz@gmx.de

Ich empfehle allen , noch einmal o.g. „Erinnerungen“ Willy Brandts (List-Verlag) und auch z.B. seine Nobel-Preis-Rede

https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1971/brandt-lecture-t.html

und ebenfalls interessant als Überblick und dokumentarisch :“ CIA-Die ganze Geschichte“ von Tim Weiner, S.Fischer Verlag 2008

Ich denke wir haben viel damit zu tun, erstmal unsere innerparteiliche Struktur zu demokratisieren und von der Geldherrschaft zu entschlacken, bevor wir anderen großartige Gesellschaftskonzepte vorlegen können.

Daher mit sozialdemokratisch-revolutionären Grüßen

Bernd



MEINE KANDIDATUR FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Liebe Genossinnen und Genossen,

letztes Jahr habe ich das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit angesichts der täglichen Meldungen über Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, nicht mehr ausgehalten. Ich meldete mich freiwillig als Crew-Mitglied bei der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye. Es ging mir darum, flüchtenden Menschen, die vor der libyschen Küste in Seenot geraten, zu helfen. Ich wollte aber auch politische Aufmerksamkeit auf die verheerende Situation an den europäischen Außengrenzen lenken – und damit einen kleinen Teil dazu beitragen, die Situation zu ändern. Heute ist die Lage weiterhin sehr schlecht. Für mich ist klar: Europa darf solche Zustände an seinen

Außengrenzen nicht dulden. Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Dafür braucht es endlich eine neue europäische Friedens-, Entwicklungs- und Handelspolitik. Im Sinne einer humanen und solidarischen Asylpolitik braucht Europa sichere Fluchtrouten – und zwar sofort!

Ich möchte nicht mehr länger zuschauen. Ich möchte dahin, wo es die Möglichkeit gibt, international und national Druck aufzubauen, dahin, wo ich mithelfen kann, die Situation zum Besseren zu verändern. Ich möchte für das Europäische Parlament kandidieren – und dafür werbe ich um Eure Unterstützung!

Vision statt Angst

Die Europäische Union ist als Projekt für Frieden, Verständigung und transnationale Kooperation von unschätzbarem Wert. Doch die Skepsis gegenüber der EU nimmt zu: Viele Menschen verbinden mit der EU nur Bürokratie und die Abwanderung von Arbeitsplätzen. Die Europäische Integration ist im Bereich des Binnenmarktes, der Freizügigkeit und der Währungsunion wichtige Schritte vorangekommen. Die soziale Seite dabei wurde hingegen vergessen. Der Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten und staatliche Daseinsvorsorge wurden vernachlässigt. Wenn heute Beschäftigte überall in Europa durch Lohndumping und Standortkonkurrenz gegeneinander ausgespielt werden, und die Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, wie beispielsweise der Berliner Wasserbetriebe, durch Europäische Richtlinien erschwert wird, dann ist das ein ganz klarer Arbeitsauftrag für die Sozialdemokratie. Wir müssen dem neoliberalen Zeitgeist endlich eine sozialdemokratische Vision und Politik entgegenstellen! Europa braucht starke Arbeitsschutzrichtlinien und Mindestlöhne, eine Förderung kommunaler Infrastruktur und eine gemeinschaftliche Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Umverteilung durch die konsequente Besteuerung internationaler Unternehmen und eine gemeinschaftliche Bewältigung von Wirtschaftskrisen durch europäische Investitionsprogramme kann die Grundlage für eine solidarischere EU legen.

Solidarität statt Konkurrenz

Ich möchte ein soziales Europa, das für die Menschen da und vor allem für sie erlebbar ist. Ein Europa, in dem die Menschen solidarisch und nicht in Konkurrenz miteinander leben. Für mich ist klar: Wir sind begeisterte Europäer*innen und unsere gemeinsame Vision für Europa muss eine soziale und demokratische Umwälzung bedeuten.

Europa nach Berlin und in die SPD

Ich will keine Europaabgeordnete sein, die in Brüssel verschwindet, ich will eine Abgeordnete sein, die Europa nach Berlin und in die

Berliner SPD bringt – so wie unsere Berliner Positionen in die EU! Ich bin davon überzeugt, dass wir eine positive Zukunftsvision für die Europäische Union entwickeln können. Dafür braucht es in unserer Parteienfamilie und in der Stadtgesellschaft eine ernsthafte Diskussion über Vorstellungen und Ziele für die EU. Diese möchte ich mit euch anstoßen.



*Ihr wollt mit mir über meine Vorstellungen von Europa sprechen? Schreibt mir oder ruft an!
Email: annika.klose@jusosberlin.de
Handy: 0151/54820781*

AUSBILDUNG UND BERUF

- Aktuell: Gewerkschaftssekretärin beim DGB Berlin-Brandenburg
- Masterstudium der Sozialwissenschaften an der HU Berlin seit 2015
- Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2013
- Studium der Sozialwissenschaften (B.A.) an der HU Berlin 2011-2015
- ERASMUS-Semester an der Université Lumière Lyon II, Frankreich, 2013-14
- Abitur 2011 in Clausthal-Zellerfeld (Niedersachsen)
- 11. Schuljahr in Madison, Mississippi, USA 2008-09
- Geboren am 24.06.1992 in Dortmund

POLITISCHER STECKBRIEF

- Vorstandsmitglied im Institut Solidarische Moderne seit April 2018
- Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin seit März 2016
- Landesvorsitzende der Jusos Berlin seit Oktober 2015
- Stellv. Abteilungsvorsitzende der SPD Brunnenviertel 2016-18
- Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen 2014-15
- SPD Mitglied seit 2011
- Weitere Mitgliedschaften: AWO, Förderverein Willy Brandt Center Jerusalem, Multitude e.V., Sea-Eye e.V. und ver.di

Mélanie Reuter

Parlamentarische Referentin

Geburtsdatum 31.03.1988

E-Mail melanie.reuter@gmx.net



Liebe Genossinnen und Genossen,

bisher erschien es wie selbstverständlich, dass Europa weiter zusammenwächst. Doch nun sind wir im Zuge des Brexit mit einem schweren Rückschritt im Prozess der europäischen Einigung konfrontiert. Gleichzeitig rütteln einige Regierungen an unseren gemeinsamen europäischen Grundwerten, vielerorts greift das Gift des Nationalismus um sich. Wir dürfen Europegegnern, die mit einfachen Antworten und Angstkampagnen gegen die Europäische Union mobil machen, nicht das Feld überlassen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir bei den Europawahlen 2019 selbstbewusst aufzeigen, welche Chancen und Möglichkeiten die EU den Bürgerinnen und Bürgern bietet und wofür wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen. Von den Errungenschaften eines geeinten Europas sollen auch die nachfolgenden Generationen profitieren können. Daher bewerbe ich mich als Kandidatin für die Europawahl. Ich will mich dafür engagieren, dass unsere Partei erneut mit einem starken Ergebnis ins Europäische Parlament einzieht.

Als deutsch-französische Europäerin, in Berlin und Paris aufgewachsen, konnte ich schon früh von den Vorteilen des grenzenlosen Europas profitieren. Von meiner Lehre bis hin zum deutsch-französischen Studiengang mit Schwerpunkt Europarecht hat sich mein Einsatz in und für Europa wie ein roter Faden durch meinen Lebenslauf gezogen. Nach meinem Eintritt in die SPD habe ich mich daher direkt im Europawahlkampf 2014 in der SPD-Kampa engagiert und in vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort für ein sozial gerechtes und demokratisches Europa, für unseren sozialdemokratischen europäischen Spitzenkandidaten und auch für unsere Berliner Kandidatin gestritten. Seit vier Jahren konnte ich als parlamentarische Referentin von Sylvia-Yvonne Kaufmann meine Kompetenzen und mein persönliches Engagement mit meiner Arbeit in Brüssel und Straßburg verbinden.

Die SPD muss als *die* Europapartei Deutschlands in den Wahlkampf ziehen. Wir müssen denjenigen entgegentreten, die die EU nur als bloßen Wirtschaftsraum sehen. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, unsere sozialdemokratischen Kernthemen in die aktuelle Debatte über die Zukunft der EU mit starker Stimme einzubringen und auf europäische Lösungen zu drängen. Dazu zählen Steuergerechtigkeit, Investitionen in nachhaltiges Wachstum und gute Jobs mit fairen Löhnen, eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter und eine solidarische Flüchtlingspolitik. Das können wir nur in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Bürgerbewegungen und der Zivilgesellschaft erreichen.

Meine Wahlheimatstadt Berlin ist eine lebendige europäische Metropole. In vielerlei Hinsicht profitieren die Berlinerinnen und Berliner von der EU. Ich möchte, dass dies auch künftig so bleibt. Nicht zuletzt in den derzeit laufenden Verhandlungen über den EU-Haushalt ab 2021 müssen wir dafür kämpfen, dass weiterhin alle europäischen Regionen – und damit auch Berlin – Fördergelder für Investitionen in Bildung, soziale Inklusion und Forschung erhalten. Europa muss – mehr noch als heute – ein Projekt für alle sein!

All das möchte ich mit Euch gemeinsam anpacken. Ich freue mich über Eure Unterstützung.

Vielfalt bewahren. Zusammenhalt stärken. Für Europa begeistern.

Liebe Genoss*innen,

hiermit bewerbe ich mich um die **Nominierung als Kandidat der Berliner SPD für das Europäische Parlament** und bitte herzlich um Eure Stimme und Unterstützung.

Unsere Welt dreht sich immer schneller – und sie scheint auch gefährlicher zu werden. Hier zettelt einer Handelskriege an und droht mit Atombomben, dort hebt einer die Grundrechte aus und spaltet die Gesellschaft. Dazwischen bewegt sich wenig vernehmbar eine Europäische Union, in der nicht wenige Mitgliedsstaaten zunehmend Egoismen entwickeln.

Wir freuen uns über großen Wohlstand und neue Möglichkeiten, unser Leben frei zu gestalten. Zugleich sehen wir, wie sich die Welt durch Globalisierung und Digitalisierung verändert. Der Finanzkapitalismus ist ungezähmt, der Klimawandel ein Fakt, die Wirtschaft

verliert an Innovationskraft, die Arbeitswelt durchläuft die nächste Revolution, eine digitale. Die Welt wächst zusammen, doch die Gesellschaften driften auseinander. Es bilden sich neue Grenzen zwischen Kulturen und Völkern, zwischen Partner*innen und Nachbar*innen.

Bald 100 Jahre alt ist die Forderung der SPD nach Europäischer Einheit und Zusammenarbeit. Wenn wir zentrale Zukunftsfragen lösen wollen, muss die Sozialdemokratie laut und sichtbar für ein vielfältiges, vereintes Europa kämpfen. Ich möchte dafür die sozialdemokratische Stimme Berlins im Europäischen Parlament sein.



Wenn ich heute mit meinen Freunden spreche und durch Europa reise, vernehme ich Selbstverständlichkeit. Es ist selbstverständlich, dass wir uns frei bewegen können und dieselben Rechte genießen. Wir bestimmen unser Leben selbst und leben vielfältige Lebensentwürfe. Wir pflegen Freundschaften über Grenzen hinweg. Wir leben friedlich miteinander.

In mir trage ich die Geschichten meiner Eltern und Großeltern über Zerstörung und Hass, über Teilung und Grenzen und auch die Angst vor neuer Gewalt und Krieg zwischen den Völkern. Doch genauso ihre Freude darüber, dass die europäischen Nationen zueinander gefunden haben. Auch für Europa muss ganz nach Willy Brandt gelten: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört.“

Diese Selbstverständlichkeit, dieser historische Erfolg, ist durch die Krisen des letzten Jahrzehnts brüchig geworden. Europa ist nicht selbstverständlich. Wir verschließen die Augen vor den Problemen unserer Nachbar*innen. Wir ergreifen seltener die ausgestreckte Hand unserer Freund*innen.

Berlin ist und kann für Europa in vielerlei Hinsicht ein Beispiel sein. Wir erleben bei uns die guten und die schlechten Seiten der Vielfalt. Was jemand nicht kennt, sieht sie/er oft skeptisch und lässt sich darauf ungern ein. Das können wir ändern. Schaffen wir Begegnungen. Bringen wir Kulturen und Menschen mit verschiedenen Hintergründen zusammen. Fördern wir solche Begegnungen mit mehr EU-Mitteln. Unterstützen wir Projekte, bei denen Menschen zusammenarbeiten, in Wirtschaft, Kultur, Sport oder Naturschutz. Hier erleben sie Vielfalt. Wenn wir unterschiedliche Menschen zusammenbringen, wird Vielfalt selbstverständlich.

Die nächsten Generationen können in einem vereinigten Europa nur eine Perspektive erkennen, wenn wir ihnen eine geben. Alles andere sorgt für Verunsicherung und Ablehnung. Wir müssen die Jugendarbeitslosigkeit endlich entschieden bekämpfen. Das Model der Berliner Jugendberufsagenturen ist ein gutes Beispiel, dass wir mit nach Europa nehmen können. Die Agenturen sind ein idealer Ausgangspunkt, um in Berlin mit europäischen Mitteln mehr junge Leute in Arbeit zu bringen. Lasst uns gemeinsam Europa sozial gestalten.

Die Ursache für viele soziale Probleme liegt in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Vielen ging und geht es schlecht. Einige wenige sind derweil noch reicher geworden. Wir sind ein reiches Europa und müssen Armut verhindern. Wir dürfen nicht zusehen, wie Arbeitnehmer*innen gegeneinander ausgespielt werden. Lohn-Dumping machen wir nicht mit. Deshalb brauchen wir soziale Mindeststandards. Öffentliche Aufträge dürfen nur an die Unternehmen vergeben werden, die Sozialstandards einhalten. So macht es Berlin – und das ist auch gut so. Es müssen Tariflöhne gezahlt werden, es muss die Mitbestimmung in Betrieben garantiert sein und es müssen Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Eine europäische Gemeinschaft kann nur gut funktionieren, wenn die Menschen gut leben können.

Auf der anderen Seite müssen wir die Finanzwirtschaft zügeln. Hierfür müssen weitere Anstrengungen zur Regulierung der Finanzmärkte unternommen werden. Zentraler Baustein muss sein, dass jede Finanztransaktion in der Europäischen Union besteuert wird. Die Einnahmen von bis 100 Milliarden Euro sollten allein durch das EU-Parlament kontrolliert und gezielt eingesetzt werden.

Die Europäische Union sieht sich weltweit beim Klimaschutz an der Spitze. Damit das so bleibt, muss das Pariser Klimaabkommen zu weiteren Reformen des europäischen Emissionshandels führen. Es muss mehr investiert werden, damit weniger Energie verbraucht und nicht mehr fossil erzeugt wird. Gleichzeitig muss Energie bezahlbar bleiben. Die Europäische Kommission muss früh Mitgliedsstaaten antreiben, die absehbar ihre Ziele verfehlen.

Über Jahrhunderte wurden zwischen den Staaten Europas Kriege geführt. Wir haben es – nach zwei schrecklichen Weltkriegen – endlich geschafft, uns davon zu lösen. Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt und dies gemeinsam innerhalb wie außerhalb der EU fortzusetzen, muss uns Auftrag und Verantwortung sein. Eine stärkere Übertragung von Zuständigkeiten an die Europäische Union bei friedensstiftenden Projekten, der Konfliktbewältigung oder der Verhinderung von Gewalt bietet Sicherheit und nutzt uns allen.

Vor mittlerweile 12 Jahren verschlug mich das VWL-Studium nach Berlin und Schöneberg. Hier lebe ich. Hier bin ich mit meinem Mann zu Hause. Geboren wurde ich als Brandenburger Jung' in der Kleinstadt Beeskow vor 32 Jahren.

Beruflich kümmere ich mich in der Stiftung der ostdeutschen Sparkassen um die Förderung von Kultur und zivilgesellschaftlichen Engagement zwischen Ostsee und Erzgebirge, zwischen Harz und Oder. Dadurch kenne ich pulsierende Städte und strukturschwache Regionen und das Leben der Menschen dort sehr gut. Ich plane und begleite Projekte, die die Stiftung mit Vereinen, Stiftungen, Kirchen, Universitäten, Kommunen oder Museen durchführt. Dabei arbeitete ich u.a. mit europäischen Organisationen wie dem Fondation du patrimoine und dem World Monuments Fund Europe zusammen. Berufsbegleitend absolvierte ich den Masterstudiengang „Non-Profit-Management und Public Governance“.

Meine alleinerziehende Mutter führte mich zur Sozialdemokratie. Sie sagte immer zu mir: „Nicht nur meckern. Mach was, um es zu ändern“. Es ärgerte mich, dass es in Beeskow damals für uns Jugendliche keine Perspektiven gab. Der sozialdemokratische Bürgermeister kämpfte gerade für seine Wiederwahl und ich sprach ihn an. Seine Antwort: „Komm heute Abend zur Ortsvereinssitzung und erzähl' uns, was Dich bedrückt. Lass uns gemeinsam sehen, was wir tun können.“ Diese Direktheit, Herzlichkeit und Offenheit, mit der ich dann aufgenommen wurde, war der erste prägende Eindruck von gelebter Sozialdemokratie.

Seit 16 Jahren bin ich Mitglied der SPD. Ich habe mich seither von den Jusos bis zu den QueerSozis, in Abteilungsvorständen wie auf unseren Parteitag eingebracht. Gerade bin ich zum Kassierer der SPD Schöneberg wiedergewählt worden.

Darüber hinaus bin ich engagiert bei Verdi, der Studienstiftung des deutschen Volkes sowie der Schwulenberatung Berlin, und ich wirke im Personalrat mit.

Kommt auf mich zu. Stellt mir Eure Fragen und teilt mit mir Eure Themen.

Lasst uns zusammen **Vielfalt bewahren, Zusammenhalt stärken, für Europa begeistern.**

Euer 

Kandidatur für das Europäische Parlament

Timo Schramm



Zur Person:

- Europäer
- 31 Jahre alt
- Student der Politikwissenschaften
- Leutnant der Reserve
- Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt Neukölln
- Beisitzer im Vorstand des Fachausschuss Europa

Brexit, europaweit anschwellender Rechtspopulismus, zunehmende Ungleichheit. Das erste Mal seit dem Bestehen des Europäischen Projekts, droht uns die reale Gefahr des Scheiterns und die Rückkehr der stumpfsinnigen nationalen Egoismen.

Ein Neustart Europas kann nur durch einen Neustart der europäischen Sozialdemokratie gelingen. Genau dafür möchte ich eintreten.

Mein 10-Punkte Programm für ein solidarisches Europa:

1.

Wir müssen brechen mit der neoliberalen Logik des Wettbewerbs. Denn Integration in eine wirkliche europäische Gemeinschaft lässt sich nicht durch Wettbewerb auf dem Markt erreichen, sondern nur durch tatsächliches gelebtes Miteinander und Solidarität.

2.

Ich stehe dafür ein, die bestehenden europäischen Fonds so auszurichten, dass sie eine effektive und reale Unterstützung für EuropäerInnen erbringen – gerade dann, wenn ihr Staat in der Krise ist. Die rein arbeitsmarktpolitische Ausrichtung, z.B. des Sozialfonds reicht nicht aus.

Wir brauchen eine europäische Arbeitslosenversicherung, welche die nationalen Systeme nicht ersetzt, sondern in Krisenzeiten entlastet. Ähnliche Konzepte sind auch für die Entlastung der Gesundheitssysteme in Krisenzeiten anzustreben.

3.

Europäische Lebensarbeitszeitkonten: Die europäische Freizügigkeit darf sich nicht länger nur auf das Kapital ausrichten sondern muss sich an den Menschen orientieren. Wenn jemand z.B. aus Spanien kam um in Deutschland einige Jahre zu arbeiten, dann muss diese Leistung auch auf den Rentenanspruch übertragen werden, wenn er oder sie zurück nach Spanien geht. Die in der Gründung befindliche „European Labor Authority“ ist dementsprechend auszurichten.

4.

Ende des Sozialdumpings: Das Korridor-Modell welches die Sozialausgaben der Mitgliedsstaaten in einen regulativen Rahmen im Einklang mit der Einkommensentwicklung bringt, ist ein Konzept der SPD. Es ist aber zu Zeiten der Agenda-Politik in der Schublade verschwunden. Wir müssen dafür kämpfen es endlich umzusetzen!

5.

Gute Nachbarschaft geht nur mit fairen Handelsbeziehungen: Es ist an uns Europäern, uns von einer exportorientierten Wettbewerbslogik zu lösen. Die Handelsabkommen die gerade mit afrikanischen Staaten ausgehandelt werden, betrachten den afrikanischen Kontinent nur als Rohstofflieferant oder als Absatzmarkt. Sie müssen daher gestoppt und neu verhandelt werden. Es muss unser oberstes Ziel sein, die strukturelle Ungleichheit zwischen Europa und unseren südlichen Nachbarn abzubauen. Nur so können Fluchtursachen im Kern angegangen werden – und nur so können Sicherheitsinteressen langfristig erfüllt werden.

6.

Außen- und Migrationsspolitik: Strukturelle Ungleichheit führt zu struktureller Migration.

7.

Es gibt keine schnellen militärischen Lösungen! Verstärkte Europäische Kooperation auf dem Feld der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist zwar begrüßenswert. Sie darf aber auf keinen Fall zu Lasten des Parlamentsvorbehaltes gehen. Und das Europäische Parlament kann in seiner jetzigen Struktur und Verfassung die nationalen Parlamente nicht ersetzen. Das muss es auch nicht. Denn es gibt keine langfristigen Einsätze, die eine „Schnell-Schnell“-Entscheidung sinnvoll machen. Im Gegenteil.

8.

Gegen ein Europa der Konzern- und Lobbyinteressen: In der Interessenvertretung gibt es eine Schieflage. Laut Lobby Control gibt es in Brüssel 25.000 Lobbyisten von denen 70 Prozent für Unternehmen oder Wirtschaftsverbände arbeiten. Sie haben ein Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro. Daher werde ich mich grundsätzlich und zu jedem Themenfeld, immer erst mit fünf Vertretern aus NGOs, Vereinen oder Bürgerinitiativen unterhalten, bevor ich mir die Meinung aus der Wirtschaftsvertretung anhöre.

9.

Pro-europäische Linke stärken: Es ist klar, dass unsere Vision für das Europa von Morgen eine andere ist als die der Konservativen. Es ist aber auch klar, dass wir heute, genau wie in den letzten Jahrzehnten, eine konservative Mehrheit auf europäischer Ebene vorfinden. Deshalb will ich verstärkt mit pro-europäischen Partnern zusammen arbeiten. Wir müssen unsere europäische Vision weiter entwickeln und für andere Mehrheiten kämpfen. Dazu müssen wir klar und laut benennen wo wir hin wollen.

10.

Sozialdemokratie als Organisator für europäische Gesellschaft: Wir müssen stärker an die Seite außerparlamentarischer Bürgerbewegungen. Ich möchte daher das Berliner Abgeordnetenbüro zu einem Think-Tank ausbauen, der den Austausch mit Bürgerinitiativen wie dem European Movement, MieterInnenbewegungen oder dem Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser sucht. Die europaweiten Proteste gegen TTIP haben gezeigt, dass sich Menschen für Europa-Politik begeistern - mein Büro soll eine Ressource sein, die progressiven sozialen Bewegungen in der europäischen Sozialdemokratie eine Stimme gibt.

Dafür bitte ich um eure Unterstützung!

Timo Schramm

Bewerbung für das Europa-Parlament

Persönliche Daten

Geburtstag/-ort: 29.04.1957, Berlin-Wedding
Ausbildung: kaufmännische Lehre in dualer
Ausbildung zur ReNo-Gehilfin
Beruf(e): Bürovorsteherin für Rechtsanwälte
und Notare, Außenhandelskauffrau

Studium

1980 – 1983 Kunsthochschule Zürich
Malerei, Kunstgeschichte
1991 – 1994 Fachhochschule für Verwaltung
und Rechtspflege, Berlin



Persönliches:

Geboren und aufgewachsen als mittlere von drei Schwestern in Berlin (West). Ich habe eine kaufmännische Lehre abgeschlossen. Als Angestellte war ich in meinem Beruf mehrere Jahre sehr erfolgreich tätig. Berufsbegleitend absolvierte ich ein Rechtsfachwirt-Studium. Danach gründete ich mein erstes Unternehmen (D'ACCORD Gesellschaft für Vermittlung von Geschäftsbeziehungen im In- und Ausland mbH), mit dem ich in und mit der Europäischen Union, Afrika, USA und den Staaten der GUS im Außenhandel, Technologietransfer (u. a. im Bereich Recycling) und in der Beratung ausländischer Unternehmen tätig war.

Meine größten Stärken sind Beharrlichkeit, Zuverlässigkeit, Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit.

Mitgliedschaften

Vereinigung Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI, Botschafterin)
Vereinigung Wirtschaftshof Spandau e. V.
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft e. V.,
Deutsch-Russische Wirtschaftsallianz (DRWA) e. V., Berlin
B.U.N.D. u. a.

Politisches:

Eintritt in die **SPD Spandau** in **2002**, seitdem aktiv u. a. als stellvertretende Vorsitzende für die Abteilung Südpark/Tiefwerder. Meinen Schwerpunkt habe ich nach einiger Zeit in der SPD auf die innerparteilich wenig beachtete älteste Arbeitsgemeinschaft, die **Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)** konzentriert. **2004** wurde ich zur Vorsitzenden der **AGS** in Berlin-Spandau gewählt. Mein Hauptaugenmerk bestand darin, die Handelsvertretungen der in Berlin ansässigen Botschaften zu besuchen und dort Kontakte zu sozialdemokratisch geprägten Unternehmen zu knüpfen, um ein Netzwerk aufzubauen. Seit dem Jahr **2010** bin ich Vorsitzende der Berliner **AGS** und Mitglied im Landesvorstand der Berliner **SPD**. **2014** wurde ich erstmals zur Beisitzerin in den **Bundesvorstand der AGS** und im April **2018** zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. In diesen Funktionen war und bin ich als Vertreterin der **AGS** in den **Parteivorstand der SPD** abgeordnet.

Ich habe zu der von der AGS angestoßenen Debatte über die Gründung einer europäischen Vereinigung von sozialdemokratischen Unternehmensverbänden aktiv beigetragen. Zudem setze ich mich für den weiteren Ausbau einer europäischen Vertretungsmacht für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Solo Selbständige und Freiberufler ein. In 2017 hat der AGS-Bundesvorstand unter meiner Mitwirkung ein LOI (letter of intent) mit Unternehmensverbänden aus Italien, Schweden, Österreich, Spanien und Deutschland und zuletzt Frankreich entwickelt und unterzeichnet. Das Ziel ist die Stärkung von KMU in Europa in Richtung einer wirtschaftlichen Prosperität auch gegenüber internationalen Großkonzernen durch sozial verträgliche digitale Transformation und Vereinheitlichung der dualen Ausbildung.

Angelika Syring

Die Probleme von Umweltzerstörung, globalen Flüchtlingsbewegungen, instabilen internationalen Märkten und Staaten ohne ausreichende soziale und rechtliche Standards, müssen wir in Europa lösen. Europa muss im Übergang zu einer im Sinne einer friedlichen Weltzivilisation erforderlichen kooperativen Weltordnung eine gestaltende Rolle spielen. Ich unterstütze ein Europa der Regionen.

In diesem Zusammenhang will ich einen Arbeitsschwerpunkt auf die Bekämpfung der Fluchtursachen so vieler afrikanischer und asiatischer Staatsbürger nach Mitteleuropa richten. Europas Ziel muss es sein, eine einheitliche, europäische Zuwanderungspolitik zu entwickeln, statt auf zwanghafte Zuteilung von geflüchteten Menschen in die einzelnen europäischen Länder zu setzen. Es gilt, in der Europäischen Union eine gemeinsame Entwicklungspolitik zu praktizieren, die es den Menschen ermöglicht, in ihren Heimatländern zu bleiben bzw. kurzfristig dorthin zurückzukehren und dort ihre Ausbildung und Leistungsfähigkeit für ihre Länder einzusetzen. Die Aufgabe des Europäischen Parlaments muss es sein, die eigene Wirtschaft dieser Länder entwickeln zu helfen, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Ressourcen für sich selbst zu nutzen. Dabei kann man ihnen eine erste Hilfestellung bei der Gründung eines eigenen Unternehmens geben, was ich als Mentorin aus dem europäischen Parlament unterstützen könnte.

Darüber hinaus muss eine intensive gemeinsame europäische Entwicklungspolitik diejenigen europäischen Staaten wieder an den Verhandlungstisch zurückholen, die sich in den letzten Jahren der Eingliederung von geflüchteten Menschen aus Asien und Afrika entzogen haben.

Steuervermeidungsbestrebungen von international tätigen Großkonzernen ist entgegenzuwirken. Diese in Europa tätigen weltweit agierenden Großunternehmen - ebenso Finanzdienstleister- haben sich auch an das europäische Recht zu halten. In Europa erzielte Gewinne aus Produktion und Handel sind in Europa zu versteuern. Es ist zudem endlich zwingend erforderlich, Finanzströme durch Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer zu reglementieren.

Dem allen übergeordnet liegt mein Interesse auf dem Erhalt einer intakten Natur und der Lösung der Klimaproblematik, die die natürlichen Lebensgrundlagen für bald neun Milliarden Menschen zu zerstören droht. In diesen Bereich alternativer Energien will ich mich verstärkt einbringen.

Meine Schwerpunkte sind

- **Eine gemeinsame Entwicklungspolitik innerhalb der Europäischen Union**
- **KMU und Selbstständigen in Europa eine Stimme zu verleihen**
- **Duale Ausbildung in Europa zu vereinheitlichen**
- **Durch eine abgestimmte Finanztransaktionssteuer Kapitalströme in den Nutzen aller Europäer zu stellen**
- **Das Umweltbewusstsein innerhalb der EU für Ressourcen zu stärken**
- **Sozial verträgliche Digitalisierung und Netzbildung von europäischen KMU zu unterstützen**

Ich bitte um Eure Stimme zu meiner Bewerbung für das EU-Parlament.

Blankenfelde-Mahlow, den 7. Mai 2018



A photograph of Ulrich Trenczek, a man with glasses and a pink shirt, smiling and standing in a crowd. To his left, a large red flag with a white stylized 'S' is being held. The background shows other people and trees. A red semi-transparent box on the right side of the image contains the text.

Ulrich Trenczek

Kandidatur für das Europaparlament

"Europa seinen BürgerInnen, nicht seinen Konzernen"!

Dafür stehe ich ein.

Ich finde die proeuropäische Initiative des französischen Präsidenten gut, aber Herr Macron ist kein Sozialdemokrat. Wir brauchen eine sozialdemokratische Antwort auf diese Vorschläge - eine linke sozialdemokratische Antwort.

Ich denke die Sozialdemokratie ist immer dann gut, wenn sie den Menschen Lösungen für deren konkrete Lebensprobleme anbieten kann.

Wenn über Europa gesprochen wird, geht es typischerweise immer zuerst ums Geld.

Aber bei Europa geht es nicht zu vorderst um Geld sondern um ganz andere Dinge.

Denn Geld ist zunächst nichts anderes als ein Versprechen. Ein Versprechen für eine unbestimmte Leistung in einer ungewissen Zukunft, das hatte es über Generationen mit Europa gemein. Aber das hat sich geändert, Geld ist geblieben was es immer war, Europa jedoch ist längst kein Versprechen mehr für eine unbestimmte Zukunft, Europa ist ein Versprechen für unser tägliches Leben, für jetzt und immer.

Wir können Europa nicht neu erfinden, denn es ist bereits Realität. Wir müssen seinen Zustand analysieren, unsere Ziele formulieren und die notwendigen Änderungen benennen.

Weltweit ist Europa gleichbedeutend mit Frieden, Sicherheit, Freiheit, Toleranz und vor allem Demokratie. Darum geht es zuerst!

Zwei der revolutionärsten Konzepte, die je erdacht wurden stammen aus Europa: das Konzept der Demokratie und die Idee des Bürgers, nicht als Untertan sondern als Souverän.

Die übergroße Mehrheit der europäischen BürgerInnen wollen in Demokratien leben - in echten Demokratien, dies setzt freie, gleiche und geheime Wahlen voraus. Soweit ein Gemeinplatz, aber ausgerechnet dies gilt nicht für das europäische Parlament, hier ist nicht jede Stimme gleichviel wert.

Das ist historisch begründbar, aber es muss sich ändern!

Die EU muss in die Hände ihrer BürgerInnen, denn die sind der Souverän nicht die Staaten.

Die europäische Union muss endlich eine wahre Demokratie werden. - es ist Zeit!

Bankenkrise nicht Eurokrise!

Um erfolgreich zu sein, müssen die Menschen in Europa wieder verstehen können, dass die Sozialdemokratie von einem anderen Entwurf von Europa spricht, als die neoliberal-konservativen Parteien. Die Wähler müssen es hören können, daher bedarf es nicht nur eines inhaltlichen Bruchs mit neoliberalen Euphemismen und Positionen sondern auch eines Endes des neoliberalen wordings. Dazu gehört der "faule Griechen" ebenso wie die "Enteignung der Sparer" ganz besonders aber die "Euro-Krise" und "Krise der EU".

Zwar sehen wir krisenhafte Entwicklungen, aber es ist nicht die 'Krise des Euro' sondern eine Bankenkrise und es ist nicht die 'Krise der EU' sondern die Akkumulationskrise des Kapitalismus in seiner globalisierten neoliberal dissozialen Phase. Die Krise als solche ist dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immanent und quasi unabdingbar notwendig. Wenn gleich es den Kapitalen diesmal in nahezu perfekter Weise gelungen ist die Kosten der Krise zu sozialisieren.

Die Abwehrreflexe verunsicherter Bevölkerungsgruppen, die sich durch neoliberale Praktiken wie einer ungezähmten Globalisierung und Monetarisierung aller Lebensbereiche bedroht sehen, führen zum Erstarken nationalistischer Kräfte gipfelnd im Brexit.

Die letzte große Krise des Kapitalismus bereitete den Weg für Nationalsozialismus und 2. Weltkrieg.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie als internationalistischer Bewegung ist es dem entgegenzutreten. Wir wollen ein demokratisches, soziales und solidarisches Europa!

Dazu gehört, das dem milliarden schweren Bankenrettungsschirm endlich ein entsprechender ArbeitnehmerInnenrettungsschirm zur Seite gestellt wird, einschließlich einer europäischen Arbeitslosenversicherung und europaweiter ArbeitnehmerInnenmitbestimmung.

Deutschland ist vordergründig das wirtschaftlich erfolgreichste Land der EU, dennoch verlegen Konzerne, bspw. im Stahlsektor, ihre Firmensitze ins EU-Ausland, einerseits um Steuern zu vermeiden andererseits aber auch um die deutschen ArbeitnehmerInnenmitbestimmungsgesetze zu umgehen.

Die neoliberale Reaktion versucht daher die ArbeitnehmerInnenmitbestimmung auch in Deutschland zu Fall zu bringen, angeblich damit es dem Land noch besser geht. Infamer Weise versuchen sie dies durch europäische Regelungen zu erreichen, um die direkte Verantwortung nicht übernehmen zu müssen. Diesen Prozess zu stoppen und in sein positives Gegenteil zu verkehren ist eine konkrete Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie!

Wir müssen nicht nur das Schleifen der Mitbestimmung in Deutschland verhindern, sondern diese Rechte auf die anderen EU Länder ausdehnen. Wir sind nicht trotz, sondern eben auch wegen der Mitbestimmung erfolgreich.

Euro

Die EU hat sich mit dem Euro das modernste Währungssystem seit dem römischen Reich gegeben. Aber für eine moderne Währungsunion braucht man auch moderne Lenkungsmethoden, der monetaristische Ansatz der Geldmengensteuerung hat ausgedient. Wir brauchen unmittelbar einheitliche Verbrauchssteuern, einheitliche ortsunabhängige Besteuerung des Onlinehandels um die kleinen Anbieter zu stärken, eine europäische Besteuerung internationaler Konzerne ebenso wie eine einheitliche EU Leistungsbilanz.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Einigkeit macht stark!

Europapolitik ist immer auch Friedenspolitik, das ist uns allen geläufig, aber in jüngerer Zeit scheint man häufiger zu vergessen, was dies eigentlich bedeutet. Es ist wieder gesellschaftsfähig geworden "Frieden" zu bewerten und abzuwägen, ob es denn den Aufwand wert sei ihn zu erhalten, oder ob man ihn nicht wenigstens ein bisschen billiger haben könnte in dem man z.B. die Länder der europäischen Peripherie im Stich lässt. Mögen die doch die Konflikte, bewaffnet oder nicht, selber lösen.

Das dürfen wir nicht zulassen!

Nur weil man es nicht Krieg nennt, ist es noch lange kein Frieden!

Ich sage Frieden ist jede Mühe wert. Für die Kapitale mag es anders sein, für die BürgerInnen jedoch ist Frieden keine Ware!

lokal - regional- supranational

Berlin als weltoffene europäische Metropole, deren Erfolg sich auf Toleranz, Wissenschaft und Tourismus stützt, hat legitime Interessen in der EU, die nicht nur von unserem Brüssler Büro vertreten werden können, sondern auch parlamentarischen Wiederhall finden müssen. Dafür will ich arbeiten.

Ich bin ein Urberliner mit intakten familiären und persönlichen Bindungen in die gesamte Stadt, auch außerhalb der Ringbahn. Schon deshalb würde ich auch als Abgeordneter nicht in Brüssel verschwinden, sondern aktiv auf Veranstaltungen und Infoständen an der Berliner Politik teilhaben. Ein täglich geöffnetes Berliner Büro, mit festen AnsprechpartnerInnen, das die europäischen Entwicklungslinien in allen Politikbereichen an die Partei und Fraktion spiegelt und die Detailinformationsbeschaffung koordiniert, halte ich für ebenso selbstverständlich, wie regelmäßiges Erscheinen in Kreisen und Abteilungen, sowie monatliche Treffen mit den Europabeauftragten von Fraktion & Senat.

Ich denke die Zeiten in denen man irgendwen in Europa parken konnte sind vorbei, das lassen sich die europäischen BürgerInnen nicht mehr gefallen. Sie wollen sich ernsthaft vertreten fühlen, damit sie das europäische Parlament auch ernstnehmen können. Dazu gehört für mich schlicht auch regelhafte Präsenz in der Stadt.

In einem Europawahlkampf mit mir als Kandidaten, möchte ich die Unterstützung des Landesverbands bei der Realisierung von folgenden Projektideen:

- "Festival européen de la jeunesse": Anlässlich der ersten kostenlosen Vergabe von Interrail-tickets durch die EU-Kommission lädt Berlin, als der touristische Hotspot der europäischen Jugend, alle GewinnerInnen für ein Sommerwochenende zu einem Festival nach Berlin ein, kostenloses Campen auf dem Olympiagelände unter dem Glockenturm, freie Fahrt bei BVG & S-Bahn mit dem Interrailticket, kostenloser Eintritt in alle städtischen Einrichtungen einschließlich der Freibäder, Sommerfest im Olympiastadion mit der Jugend Berlins.
- Stärkung der Regionen durch eine gemeinsame Wahlkampagne mit den sozialdemokratischen KandidatInnen aus den europäischen Partnerstädten Berlins.
- Berlin startet eine Bundesratsinitiative zur europaweiten Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Waren des täglichen Bedarfs - Keine staatliche Bereicherung an den Einkommensschwächsten, keine Besteuerung von Transferleistungen!

Not for the few, but for the many - EUnited we stand!

Ulrich Michael Trenzcek *1965 in Berlin, Verheiratet, 3 Kinder
Abitur an der Shadowoberschule (Gymnasium) 1983
Studium des Wirtschaftsingenieurwesens an der TU Berlin, Abschluß Diplom-Ingenieur
Schwerpunkt Geld- und Außenwirtschaftslehre — Währungspolitik
Während des Studiums: Aufbau deutsch-/französischer Studentengruppen
Aktuelle berufliche Tätigkeit: Leitung unseres kleinen Familienunternehmens im IT-Bereich.
Gesellschaftspolitisches Engagement:
Vorsitzender des Bezirksschulbeirats Steglitz - Zehlendorf
Mitglied des Landesschulbeirats Berlin, verantwortlich für Willkommensklassen
Mitglied im Beirat berufliche Schulen
Engagement in der SPD: Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung Steglitz – Zehlendorf ,
Mitglied des KV Steglitz - Zehlendorf, Kreisdeligierter der KDV Steglitz-Zehlendorf, Landesparteitagsdeligierter
Kontakt: Ulli.Trenzcek@EUnitedWeStand.eu

Kandidatur für die Europawahl 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament stellen auch 2019 eine besondere Herausforderung dar. In einer Zeit, in der europaweit Krisen herrschen und rechtspopulistische und europaskeptische Parteien mehr Zuspruch bekommen, kann nur eine starke Sozialdemokratie die Zukunft Europas retten und ein ausgewogenes und solidarisches Miteinander in Europa ermöglichen.



Europa liegt mir am Herzen, mit seiner ganzen Vielfalt und den Menschen, die in Frieden zusammenleben können. So war die Irakkrise der entscheidende Moment für mich, 2003 in die SPD einzutreten. Gleich mein erster Wahlkampf 2004 für Dagmar Roth-Behrendt führte zur Mitbegründung der Berliner Citygroup der AktivistInnen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE-Aktivisten) und der Mitarbeit im Fachausschuss Europa der Berliner SPD. Dessen Vorstand gehöre ich seit 2010 an und zu dessen Vorsitzenden wurde ich dieses Jahr gewählt. Zu meiner Tätigkeit gehört die Koordination der SPE-Aktivisten deutschlandweit. Ich bin gut mit SPE-AktivistInnen und KoordinatorInnen unserer Schwesterparteien in anderen europäischen Ländern vernetzt. Von Berlin aus haben wir eine deutschlandweite Koordinierung der SPE-Aktivisten eingeleitet. Jetzt sind mehrere hundert AktivistInnen in Deutschland engagiert und ich bin sehr stolz, als Gründerin teilgenommen zu haben. Dies hat dazu geführt, dass ich seit 2013 der Delegation für den SPE-Rat angehöre und zudem vom Bundesparteitag als Delegierte für den SPE-Kongress gewählt worden bin.

Mein Engagement für und mit Europa möchte ich noch verstärken und mich daher als Kandidatin der Berliner SPD für das Europäische Parlament bewerben. Meine Ziele für die Europäische Union bleiben weiterhin: ein solidarisches Europa, ein soziales Europa und die Vereinigten Staaten von Europa. Um diese Ziele zu erreichen, werbe ich um Eure Unterstützung. Ich will Eure Stimme in Brüssel und Straßburg während der umfangreichen Sitzungswochen sein und gleichzeitig Europapolitik in Berlin greifbar machen. Ich möchte, dass das Projekt Europa weiterhin die einzige Lösung und Vision für uns bleibt und nicht, wie beispielsweise die GenossInnen in der Slowakei oder Malta, Sozialdemokratie mit Nationalismus und Protektionismus verbinden. Ich möchte, dass wir auch in Krisenzeiten, wie in den letzten Jahren, gemeinsam versuchen, Europa ein Stück besser zu machen und Europa mit derselben Motivation wie die Gründungsväter vor 70 Jahren weiter vorantreiben. Ich kenne Berlin und ich kenne die Europapolitik, und ich möchte meine Erfahrung und meinen Willen dafür einsetzen, Eure sozialdemokratische Vertreterin zu sein.

Ich bin überzeugt, dass wir trotz der ungünstigen politischen Lage in vielen Länder Europas zusammenhalten müssen. Nur so kann die Europäische Union eine Zukunft haben. Martin Schulz, ein großer Europäer, weist immer wieder darauf hin, dass die EU keineswegs „alternativlos“ sei. Die möglichen Alternativen können nur niemals von der Sozialdemokratie gewollt sein – und deshalb müssen wir deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vehement für ein soziales, solidarisches und friedliches Europa kämpfen.

Die positive Entwicklung Portugals sollte uns allen Mut machen, ungewöhnliche Wege zu gehen und vor allem zusammenzustehen, um länderübergreifend für ein soziales und gerechtes Europa zu kämpfen. Solidarität ist in diesen Zeiten von zentraler Bedeutung! Es geht dabei aber nicht nur um Ungarn, Polen und die Slowakei, sondern auch Deutschland muss Solidarität dann üben, wenn es nicht zu seinem Vorteil ist. Solidarität ist einer der Grundpfeiler der Sozialdemokratie. Gerade in Berlin, das für sich genommen schon ein kleines Europa ist, ist die Arbeit des Fachausschusses Europa sowie die Arbeit mit unseren europäischen Schwesterparteien ein gutes Beispiel, wie es funktionieren sollte und

wie meine Vorstellung für Europa aussieht. Ich habe hier über die Jahre Erfahrungen mit unseren europäischen GenossInnen gesammelt. Die möchte ich jetzt für unser Berlin in die Praxis umsetzen.

Mit meiner Stimme im Europäischen Parlament möchte ich Einfluss auf die wichtigsten politischen Themen in Deutschland und der Europäischen Union nehmen. Die politische Arbeit in Straßburg und Brüssel trägt auch ganz konkret zur Stärkung des sozialen und kulturellen Zusammenhalts in Berlin bei, etwa indem die EU Nachbarschaftszentren, Jugendeinrichtungen oder Kiezküchen unterstützt. Solche Themen sind von Bedeutung für die BerlinerInnen und ich möchte diese in Brüssel repräsentieren. Meine Vision für einen Zusammenhalt der EU-Staaten, unabhängig von deren Größe, ist die eines solidarischen und sozialen Europas, denn nur so kann die EU ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht international entfalten. Das Europäische Parlament war bisher schon der Garant für mehr Schutz für BürgerInnen: Verbraucherschutz, Umweltschutz, Mutterschutz, um nur einige Beispiele zu nennen. Insbesondere im Bereich des Klimaschutzes bedarf es weiterer Anstrengungen, die dann auch konsequent umgesetzt werden müssen. Beim Dieselskandal konnten wir schmerzlich erfahren, wie die (deutschen) Automobilhersteller über Jahre konsequent die existierenden Gesetze missachtet haben und bisher nicht dafür zur Verantwortung gezogen worden sind. Mit dieser Kandidatur möchte ich ein Teil dieser Institution werden und nicht nur die BerlinerInnen, sondern die Rechte aller BürgerInnen Europas stärken. Ich würde mich über Eure Unterstützung freuen!

Ich bin 48 Jahre alt und gehöre seit meinem Eintritt 2003 dem Kreis Spandau an. Meinen beruflichen Einstieg hatte ich als Diplom-Finanzwirtin im öffentlichen Dienst, bevor ich ein Zweitstudium an der TU Berlin im Fach Verkehrswesen begann. Ich bin Gründungsmitglied des Partnerschaftsvereins Spandau, der sich als gemeinnütziger Verein um die Pflege der Beziehungen des Bezirks Spandau zu den Partnerstädten, -gemeinden und -landkreisen sowie der befreundeten Stadt Wolgograd kümmert.

Durch Dagmar Roth-Behrendt habe ich Einblick in die Arbeit des Europäischen Parlaments bekommen und wurde durch ihr Engagement deutlich geprägt. Die Teilnahme an Wahlkämpfen im europäischen Ausland sowie an fortlaufenden Foren der SPE und der SPE Academy erweiterten meinen Horizont für die Belange der EuropäerInnen stetig und festigten mein Netzwerk zu den europäischen Schwesterparteien.

Drei zentrale Punkte sprechen für meine Kandidatur:

- Ich werde die Erfahrungen einer Berliner Sozialdemokratin nach Brüssel und Straßburg tragen. Ich kenne die Institutionen und Prozesse, ohne bisher ein Teil davon gewesen zu sein. Mit mir werden eure Forderungen hörbar gemacht.
- Ich bin Aktivistin, habe unzählige Wahlkampagnen in Berlin, Deutschland und Europa praktisch gemacht – am Stand und auf der Straße und kenne aber auch die Gremienarbeit.
- Ich engagiere mich seit mehr als zehn Jahren tagtäglich und konkret für Europa und habe die notwendigen Erfahrungen, Kenntnisse und Netzwerke.

Ich bitte Euch um Eure Unterstützung bei meiner Kandidatur zum Europäischen Parlament und freue mich auf Eure Fragen und viele interessante Gespräche!

Mit europaroten Grüßen

Viola Weyer

Weiterführende Informationen unter <http://www.spe-berlin.eu>



Arturo Bjørklund Winters

Liebe Genossinnen und Genossen,

Europa ist meine Heimat und ein gerechtes, geeintes Europa ist das Ziel meines politischen Engagements! Meine Vita und meine politische Haltung legen davon Zeugnis ab:

Meine Familie

Ich bin in Italien geboren als Sohn eines deutschen Vaters und einer schwedischen Mutter. Mein Onkel lebt derzeit mit seiner spanischen Ehefrau in England, meine dänischen Tanten in Kopenhagen, während mein Opa in Paris lebte. Ich bin ein „Kind“ Europas.

Nach Berlin

Nach meinem deutsch-italienischen Abitur entschied ich mich, für das Studium nach Berlin umzuziehen: Eine der europäischen Hauptstädte und politische Avantgarde des Kontinents. An der TU werde ich voraussichtlich im Oktober meinen Bachelor of Science der „physikalischen Ingenieurwissenschaften“ mit Vertiefung in Thermodynamik erhalten. Durch mein energiefokussiertes Studium konnte ich erkennen, wie weit entfernt eine tatsächliche Energiewende noch ist.

Meine Leidenschaft: Politik

Schon vor meinem Abitur führte mich meine Leidenschaft für Politik zur sozialdemokratischen Familie: In Italien war ich in der „PD“ (it. Sozialdemokratische Partei) aktiv und konnte diese im Schulausschuss meiner Kommune vertreten. Nun bin ich Sprecher der TU-Juso-Hochschulgruppe, stellvertretender Vorsitzender in der Abteilung 70 und Mitglied des Vorstands des PD-Ortsvereins Berlin-Brandenburg.

Woher komme ich?

Solange ich zurückdenken kann, wurde ich gefragt, woher ich käme. Die Antwort darauf habe ich lange nicht wirklich geben können. Heimlich beneidete ich diejenigen, die sicher und schnell mit der Angabe ihrer Staatsangehörigkeit antworten konnten. Diejenigen, die wussten wo sie zu Hause waren. Doch eines Tages verstand ich, dass meine Aussage kurz und prägnant sein konnte: „Ich bin Europäer.“

Als engagierter und überzeugter Europäer werde ich mit Euch den autokratischen und populistischen Tendenzen innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen engagiert die Stirn bieten! Unser Europa soll leben!



Meine Vision von Europa: ein gerechter förderaler Sozialstaat

Gemeinsam mit Euch will ich meinen Beitrag dazu leisten, dieses einzigartige Projekt Europa weiter zu führen und neu zu beleben. Ich begreife Europa als Nation und meine Heimat und dafür trete ich ein:

Weg vom Europa der Einzelinteressen

- Die **Sozialdemokratischen Parteien Europas** könnten und sollten bei der **Europawahl länderübergreifende Listen aufstellen**.
- Die **Entscheidungshoheit über die Ernennung des Kommissionspräsidenten muss beim EP liegen**.
- Wir müssen das Europäische Parlament stärken! Dieses muss z.B. **ein Initiativrecht für das ordentliche Gesetzgebungsverfahren erhalten**.

Energiewende jetzt

- Konkretisieren wir die Energiewende durch die Einführung einer **CO₂-Mindeststeuer**.

Gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Wir brauchen ein **EU-Wirtschafts- und Finanzministerium**, das gegenüber dem EP verantwortlich ist. Außerdem soll der EU-Haushalt in erster Linie über **europäische Steuern** finanziert sein.

- Wir müssen europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen, **Erbschaften und Kapitalerträge** festlegen.
- Ein **europäischer „Mindest-Mindestlohn“** stärkt die Sozialpolitik der EU und ist deswegen dringend notwendig!

Europa: Erkenne dich selbst

Die EU ist ein beispielloses Projekt der Völkerverständigung, das Großartiges erreicht hat. Zugleich bilden wir 500 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Ich bin überzeugt davon: das Gelingen des europäischen Projekts als demokratische Einigung eines Kontinents wird die Weltgeschichte verändern!

Europa braucht engagierte Europäer! Europa braucht eine starke Sozialdemokratie!

Kontakt

Email: mail@arturo-winters.eu
www.arturo-winters.eu

Ich freue mich auf eure Anregungen und bitte Euch um Eure Unterstützung,